

Sollten Kultusminister eigene Lehrerfahrung haben?

Beitrag von „neleabels“ vom 4. November 2008 08:30

Mhm. Mal im Ernst, ich glaube nicht, dass ein Kultusminister wissen muss, wie man Französischvokabeln unterrichtet oder den Dreisatz, oder wie man eine Klassenfahrt oder eine Konferenz angeht. Ein Staatssekretär muss als oberster Beamter der Ministerialbürokratie natürlich ein guter Verwaltungsjurist sein und nicht ein guter Lehrer. Es geht meiner Meinung nach auch nicht um eine gute und schlechte Akzeptanz bei den Lehrern im Lande - was von vielen Kollegen gerne vergessen wird, die Schule ist als Behörde Teil der Exekutive und führt auf Weisung durch, was die demokratisch legitimierte Regierung entscheidet. Unsere Mitsprachemöglichkeit ist das gesetzlich geregelte Anhörungsrecht der Verbände und das muss auch genügen.

Ich kann nur für NRW sprechen, aber wir haben reichlich fachliches Know-How im Schulministerium. Viele der Referats- und Abteilungsleiter kommen aus der Schule und mit den pädagogischen Mitarbeitern, die für drei Jahre ans Ministerium abgeordnet werden, ist auch ein ständiger Austausch zwischen Ministerium und Schule gewährleistet. Fachliche Erwägungen sind hier in NRW immer ein Teil des Entscheidungsprozesses. Ein Minister muss Kompetenzen mitbringen, die dazu beitragen sein politisches Ressort zu entwickeln und voran zu bringen: Führungskompetenz und -stärke, Verhandlungsgeschick, strategische, analytische und organisatorische Intelligenz, rhetorisches Geschick, eine gewisse Grundaggressivität und das nötige Fingerspitzengefühl im Umgang mit der Öffentlichkeit. Er muss ein kompetenter Politiker sein, denn das ist seine Aufgabe.

Dass in so vielen Ländern ungeeignete Leute Bildungsminister werden, liegt leider Gottes daran, dass Bildungspolitik als Niedrigkompetenzsektor empfunden wird. Fähige Politiker mit Ambitionen zieht es ins Innenministerium, ins Finanz-, ins Justiz- oder ins Wirtschaftsministerium. Das Bildungsministerium ist, neben dem Familienministerium, eben eins der "Mädchenministerien" - wie sagte Schröder so schön norddeutsch, "Familien und Gedöns." Unsere Ministerin Sommer ist damals nicht wegen der o.g. Kompetenzen eingesetzt worden, sondern aus anderen Gründen: sie ist eine Frau, eine mehrfache Mutter, praktizierende Christin, sieht medienwirksam ansprechend aus, ist aufgrund ihrer Herkunft aus Westfalen-Lippe die richtige Wahl zur Erfüllung des Regionalproporz bei der Ämterverteilung - und kommt als Grundschullehrerin und Schulrätin aus der Schule, wovon man sich eine gute Öffentlichkeitswirkung versprochen hatte, à la "die Frau weiß, wovon sie redet", was ja auch das Thema dieses Threads ist.

Leider ist alles ganz anders gekommen - wie ich damals in einem Radiointerview hörte, ist die Ministerin schon mit einer eher naiven Vorstellung an ihr Amt herangetreten, dass sie so eine Art representative Rolle als "Stichwortgeberin und Inspirationsquelle" habe und nicht etwas ein Ressort der Regierung in eine von ihr vorgegebene Richtung führe. Nach dem, was so den

Zeitungen zu entnehmen ist, scheint sie leider tatsächlich und unpolemisch von sehr begrenztem intellektuellen Vermögen zu sein. Sie sei damit überfordert, komplexe Sachverhalte zu durchdringen oder gar zu formen. Sie verhaspele sich in öffentlichen Auftritten; sie könne dem Druck einer kontroversen und schnell geführten Debatte nicht standhalten, geschweige denn dabei an Boden gewinnen. Es ist bitter, das als Lehrer und Kollege sagen zu müssen, aber dem Tenor der Zeitungskommentare und der Verlautbarungen der Opposition nach verkörpert sie wirklich jedes verächtliche Klischee, das die Öffentlichkeit von Grundschullehrerinnen hat. Von ihr wird als von "Püppi" und von der "Polit-Barbie" geredet, man höhnt darüber, dass sie sich für ihre öffentlichen Auftritte coachen lassen muss, genau wie über die kläglichen Ergebnisse dieses Coachings. Als Politikerin ist sie offenbar *out of her depth*.

Weiter noch; man sollte die Sonntagsreden ungehört verhallen lassen, Bildungspolitik war noch niemals von irgendeiner besonderen Bedeutung gegenüber den anderen Ressorts. Es kommt ganz allmählich zu einem Bewusstseinswandel, weil die volkswirtschaftlichen Implikationen des Bildungssystems erkannt werden. Sehr viel wichtiger noch, weil die Beispiele von Bayern und Hessen gezeigt haben, dass man mit einer falschen Bildungspolitik Wahlen verlieren kann. Aber die Veränderung in den politischen Mechanismen und der "Hebelwirkung" der Ressorts ist noch nicht sonderlich vorangeschritten und das Bildungsministerium ist immer noch in der zweiten Reihe. Bildungspolitik ist ohnehin ein enges Netz von Parametern eingespannt: fiskale Möglichkeiten, Ansprüche anderer Ministerien, die Vorgaben von Parteiprogrammen und -strategien, Koalitionsinteressen, die Positionen wichtiger Lobbygruppen (z.B. die Kirchen, Arbeitgeberverbände, des Verbandes der (Gymnasial-)Eltern), die Prognosen über das Wählerverhalten. Sachfragen sind nur ein und wirklich nicht der wichtigste Aspekt bei der Angelegenheit. Man kann darüber klagen, aber so funktionieren demokratische Entscheidungsprozesse nun einmal. (Wollen wir tatsächlich eine Regierung, die unbeeinflussbar per Chefdekret entscheiden und durchsetzen kann, was sie als Sachlösung betrachtet?)

Selbst "nicht-doofe" Bildungsminister sind sehr begrenzt in ihren praktischen Möglichkeiten. Hier in NRW ist die Lage desaströs. Bildungspolitik findet in einem Kräfterdreieck zwischen Ministerpräsidentenbüro (Rüttgers hat der Bildungsministerin ihre Sache als Chefsache aus der Hand genommen), der PR-Abteilung der Regierung (in eineinhalb Jahren sind Wahlen!) und last and not least dem Bildungsministerium statt. Von irgendetwas, was einer geplanten und konsequent durchgeführten Strategie auch nur ähnelt, kann dabei natürlich nicht die Rede sein.

Tja, was soll man sagen, ob ein Bildungsminister Lehrer ist oder nicht, ist reichlich irrelevant und ich wüsste nicht, warum ein Tierarzt mit Schweinespezialisierung nicht ein guter Bildungsminister sein kann.

Nele